

WEIL ES UNS BRAUCHT

FÜR FRIEDEN, DEMOKRATIE
UND SOZIALISMUS!

LEITANTRAG & RESOLUTIONEN

14. Juni 2025 • Volkshaus Graz



KPÖ



WEIL ES UNS BRAUCHT

Für Frieden, Demokratie und Sozialismus!

Die Jahre seit unserem 28. Landesparteitag 2022 waren von großen Aufgaben für die KPÖ und von politischen Umbrüchen in unserer Gesellschaft geprägt. Unser Erfolg bei der Grazer Gemeinderatswahl und der folgende österreichweite Aufbruch der KPÖ fielen zusammen mit der Corona-Pandemie, einer Zeit der massiven Preiserhöhung und dem Ausbruch brutaler Kriege, etwa in der Ukraine oder in Israel/Palästina. Dadurch wurden soziale Probleme und gesellschaftliche Bruchlinien offengelegt.

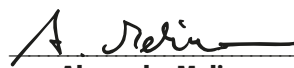
2024 war ein intensives Wahljahr, in dem wir Erfolge, wie bei der Arbeiterkammerwahl, respektable Ergebnisse, wie bei der EU- und Nationalratswahl, aber auch Rückschläge, wie bei der Landtagswahl und den Gemeinderatswahlen im Frühling 2025 erleben mussten. Es war eine Zeit hoher Aktivität und großen Kraftaufwandes für unsere Bewegung, in der wir wachsen und viele Erfahrungen machen konnten. Davon zeugen auch die zahlreichen neuen Mitglieder, die wir im Zuge des letzten Parteitages in der KPÖ begrüßen durften.

Nach einer Phase, in der wir große Zustimmung erlebten, die fortschrittliche Antworten auf die kapitalistische Krise populär machte, folgte jedoch ein reaktionärer Backlash im politischen Diskurs. Der Leitantrag des 29. Landesparteitages versucht eine Bestandsaufnahme der politischen Umstände zu machen, mit denen wir momentan konfrontiert sind, und der Konsequenzen, die sich daraus für unsere Partei ergeben. Er soll aufbauend auf den Beschlüssen des 28. Landesparteitages Denkansätze

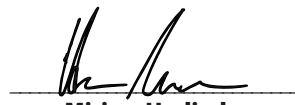
und Handlungsoptionen skizzieren, bei denen Antworten auf die Fragen ansetzen können, die sich uns im aktuellen Kontext stellen. Er soll Anstoß zu einer breiten Debatte und für Aktivitäten sein, die wir in den kommenden Jahren alle gemeinsam erarbeiten und mit Leben erfüllen wollen.

In Resolutionen, die ebenfalls am Parteitag beschlossen wurden, haben wir die unsere Haltung zu drei wichtigen Fragen ausgedrückt: die im Zuge des zunehmenden Militarisierungsdiskurses aufkommende Frage der Wehrpflicht für Frauen, die Forderung nach einem gerechten Frieden in Palästina und die Strategie unserer Partei in den Gemeinden als wichtiger Faktor eines Parteiaufbaus von unten.

Die Herausforderungen für die KPÖ werden nicht weniger. Jeder Erfolg, jeder Schritt, den wir setzen, bringt neue Aufgaben mit sich. Dass wir uns dennoch stetig weiterentwickeln, Solidarität leben, menschlich, freundlich und frohen Mutes sind, auch angesichts schwieriger Umstände nicht die Überzeugung verlieren, dass eine bessere Welt möglich ist, ist die große Stärke der KPÖ Steiermark. Und in diesem Sinne können wir uns den zukünftigen Entwicklungen und Kämpfen zuversichtlich und mit der alten Losung der Arbeiter:innenbewegung stellen: Wir lernen im Vorwärtsgen!



Alexander Melinz
Landesvorsitzender



Miriam Herlicska
Frauen- und stv. Landesvorsitzende

LEITANTRAG

WEIL ES
UNS

BRAUCHT

FÜR FRIEDEN, DEMOKRATIE
UND SOZIALISMUS





1.

DIE ENTWICKLUNG UNSERER PARTEI

Auf unserem 28. Landesparteitag am 21. Mai 2022 haben wir als steirische KPÖ mit dem Leitantrag unter dem Titel „Inspirieren. Organisieren. Bewegen!“ den Versuch gemacht, einen genauen Blick nach innen zu richten und haben dabei sowohl die Rolle der KPÖ in der Steiermark, die politischen Herausforderungen für unsere Partei und die organisatorischen Ableitungen daraus analysiert. Die dabei gefassten Erkenntnisse bleiben weiterhin gültig und stellen die Grundlage für unseren Entwicklungsweg als Landespartei dar. An dieser Stelle sollen dennoch Schlaglichter auf jene Aspekte unserer organisatorischen Aufgaben geworfen werden, die angesichts der aktuellen politischen Umstände besondere Relevanz aufweisen.

Manche konkreten Aufgaben, die sich uns als Partei stellen, sind zeitlos, andere ergeben sich aus den aktuellen politischen Umständen. Sie bekommen durch diese eine neue Priorisierung oder haben sich in den letzten Jahren stärker herauskristallisiert. Auf diese politischen Umstände wird in den folgenden Kapiteln genauer eingegangen.

1.1

GEWINNUNG UND AKTIVIERUNG VON MITGLIEDERN

Unsere Partei lebt von jenen Menschen, die sich in ihr organisieren und in ihr aktiv sind. Sie ist Verbündete von Menschen, die sich in sozialen Kämpfen engagieren und offen für jene Menschen, die in ihr ihre politische Vertretung sehen. Als Partei ist es unsere Überzeugung, dass ein wirksamer Einsatz

für soziale Reformschritte sowie für eine andere Gesellschaft das Zusammenfinden von Menschen in einer Organisation erfordert. Für uns ist diese Organisation die Kommunistische Partei. Wir sind auf die Mobilisierung von Menschen und die dauerhafte Partizipation dieser an unserem Kampf angewiesen. Folglich ist es unser Ziel, als Partei zu wachsen und stets neue Mitstreiter:innen für unsere Sache zu gewinnen. Über die letzten Jahre hatte die KPÖ Steiermark einen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen. Angesichts der aktuellen politischen Situation ist es für uns wichtig, als Partei weiter zu wachsen und dadurch unsere Verankerung in der Gesellschaft zu verfestigen. Unsere Mitglieder sind die besten Multiplikator:innen unserer Sache, sie sind über Freundeskreise, Arbeitsplätze, Nachbarschaften, Vereine etc. in gesellschaftliche Zusammenhänge eingebunden und wirken dort als Kommunist:innen. Durch sie haben wir viele „Ohren“ an der Bevölkerung und können viele Alltagserfahrungen, Realitäten, Problemlagen, Wünsche und Anliegen in den Erfahrungsschatz der Partei integrieren, aus dem sich unsere Arbeit speist.

Dementsprechend ist es für uns wichtig, einen genaueren Blick darauf zu richten, wie man Menschen, die sich für die KPÖ interessieren oder schon länger im Umfeld unserer Partei sind, auch dazu bewegen kann, in der Partei mitzuarbeiten. Folgende vier Punkte sollten wir tiefergehend diskutieren und Handlungsvorschläge erarbeiten:

- Welche Aufgaben stellen sich uns als Partei in der Betreuung von Sympathisant:innen und Mitgliedern?
- Wie kann es gelingen, zu den Interessen der jeweiligen

Menschen passende Anknüpfungspunkte an die Partei zu finden?

- Wie können wir für Menschen, die bei uns Mitglied werden wollen, einen Platz in der Parteiarbeit finden?
- Wie können Erfahrungen der jeweiligen Bezirksorganisationen in diesem Bereich geteilt und allgemeine Lehren daraus geschlossen werden?

Trotz wachsender Mitgliederzahl hat die KPÖ noch Luft nach oben, wenn es um die Einbindung möglichst großer Teile der Mitgliedschaft in unsere Arbeit geht. Auch hier gibt es positive Entwicklungen, etwa die Steigerung der Aktivitäten der Partei an sich – das gilt für politische Veranstaltungen, (interne) Diskussionsrunden, partizipative Formate, „Steckrunden“ und Infostände etc. Die Wahlkämpfe haben hier eine organisierende Wirkung gehabt und wurden so aktiv geführt, wie viele Jahre nichtmehr.

Die Anzahl der Mitglieder, die bei Parteiaktivitäten mitmachen, ist jedoch unterm Strich einer Schwankung unterworfen. Oft sind es „bestimmte Mitglieder, die häufig teilnehmen, während andere Genoss:innen nur selten an Parteiaktivitäten teilnehmen. Beispiel hierfür waren die Aktionswochenenden im Rahmen der Landtags- und Gemeinderatswahlkämpfe, die zu großen Teilen von jungen Genoss:innen aus befreundeten Organisationen getragen wurden. Die Anzahl jener Mitglieder, die an der letzten Landeskonferenz teilgenommen hat, ist angesichts der Gesamtmitgliedszahlen ausbaufähig.

Es wird Aufgabe des kommenden Landesvorstandes, des Sekretariats und unserer Bezirksorganisationen sein, unter Einbeziehung verschiedener Aspekte zu versuchen, den Aktivitätsgrad in der KPÖ Steiermark zu erhöhen. Dazu zählen:

- Kann sich die Mitgliedschaft mit den gewählten Aktionsformen/Veranstaltungen identifizieren, erkennt sie die Sinnhaftigkeit und das Ziel hinter diesen Aktivitäten?
- Inwiefern deckt sich die Schlagzahl der gesetzten Aktionen mit den zeitlichen Ressourcen und den Ansprüchen der Mitgliedschaft – ist der Plan zu dicht oder gibt es Bedarf nach mehr?
- Die Mitgliedschaft in einer Kommunistischen Partei bedeutet, gemeinsam mit Gleichgesinnten für gesellschaftliche Veränderung zu arbeiten und sich

dabei aufeinander verlassen zu können. Gelingt es uns als Partei, dieses positive Verantwortungsgefühl allen Mitgliedern zu vermitteln?

Um dies zu erreichen, brauchen wir gute Bezirks- und Organisationsstrukturen, um die Verbindlichkeit auf freundliche, motivierende Art zu erhöhen. Ein Beispiel hierfür wäre eine Telefonkette vor zentralen Sitzungen oder Aktionen, um mit möglichst allen Mitgliedern direkt zu sprechen. Wir benötigen Konzepte der Aktivierung unserer Mitglieder, die von hauptamtlichen Funktionär:innen sowie Leitungsmitgliedern der Partei auf verschiedenen Ebenen begleitet und angeleitet werden sowie aus der Breite der Mitgliedschaft getragen werden sollen. So können wir uns gegenseitig stärken und motivieren.

Dabei spielt die Geselligkeit in unserer Partei eine wichtige Rolle. Als Kommunistische Partei wollen wir eine Gemeinschaft für alle unsere Mitglieder, Sympathisant:innen sowie alle interessierten Menschen sein. Diese Kultur der Gemeinschaftlichkeit und auch Geselligkeit drückt sich in unseren Versammlungen, Veranstaltungen, öffentlichen Aktionen, sowie Festen aus. Unsere Aktivitäten wie unsere Parteilokale sollen ein gesellschaftlicher Anziehungspunkt für anregende Diskussionen, interessante Begegnungen sowie des politischen, sozialen, menschlichen, kulturellen Austauschs sein. Das macht die KPÖ Steiermark zu einem lebendigen und attraktiven Anknüpfungspunkt für breite Teile der Bevölkerung. Zugleich macht das unser Wirken zu einem Faktor solidarischer und widerständiger Alltagskultur im Gegensatz zur neoliberalen Politik der Vereinzelung, Kommerzialisierung und Spaltung der Arbeiter:innenklasse.

Klar ist: Ehrenamtlicher Aktivismus ist das Um und Auf der KPÖ und wird es immer stärker werden, wenn wir als Partei wachsen und uns breiter verankern wollen. Die Fülle der Aufgaben, das Wirken in die Breite, in die Viertel, in den Betrieben, ist mit einem bezahlten Apparat nicht stemmbar. Die wesentliche Aufgabe der bezahlten Funktionäre ist es damit auch, die Heranführung und Bindung von ehrenamtlichen Aktivist:innen sicherzustellen. Das ist zum einen eine Frage von Organisationskultur, zum anderen braucht es genug Formate und Angebote, damit Leute sich einbringen und entwickeln können.

1.2

**OHNE REVOLUTIONÄRE THEORIE
KEINE REVOLUTIONÄRE PRAXIS**

Als Partei ist es für uns wichtig, inhaltliche Anleitungen für die Parteimitglieder zu geben und Diskussionen zu fördern. Das betrifft sowohl unsere Haltungen zu sachpolitischen Fragestellungen als auch die Vermittlung unserer marxistischen Grundlagen. Wir müssen Raum dafür schaffen, dass Menschen, die in unserer Mitte aktiv sind, sich politisch artikulieren können. Menschen kommen aus verschiedenen Gründen zur KPÖ – das kann unsere konkrete kommunal- und landespolitische Arbeit sein, die von uns gelebte solidarische Praxis als Anknüpfungspunkt, oder die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und der Notwendigkeit seiner Überwindung. Es braucht die Möglichkeit, die jeweiligen Motive in der Partei kundzutun, mit den Haltungen der Partei abzugleichen und sich dabei weiterzuentwickeln. Das kann im Rahmen niederschwelliger Diskussionsrunden, inhaltlicher Stammtische, Bildungsveranstaltungen usw. passieren.

Unsere Haltungen zu konkreten politischen Fragen müssen gut in der Mitgliedschaft kommuniziert werden. Dies passiert bereits jetzt unter der Nutzung digitaler Kommunikationsformen. Dennoch können oft politische Positionen nicht zu möglichst allen Mitgliedern weitergetragen werden. Die Information über Vorgänge in den politischen Gremien (Landtag, Gemeinderäte etc.) aber auch in den Gremien der Partei „stockt“ immer wieder. Es braucht einen Ausbau des Austausches mit und zwischen den Bezirksorganisationen sowie einen Ausbau der regelmäßigen Information der Mitgliedschaft über verschiedene Kanäle und die Mitgliederzeitung „Partei in Bewegung“. Gute Erfahrungen wurden damit gemacht, Fragen mit unterschiedlichen Zugängen parteiöffentlich zu diskutieren.

Die Befähigung unserer Mitglieder wird ein relevanter Aspekt der Arbeit der KPÖ in den kommenden Jahren sein müssen. Das betrifft verschiedene Punkte:

Einmal die Vermittlung der Grundlagen des Marxismus. Dies ist auch angesichts der Tatsache einer Zunahme des antikomunistischen Diskurses und der Konfrontation mit antikomunistischen Stereotypen, speziell in der Friedensfrage,

wichtig. Ursache dafür sind die Erfolge der KPÖ sowie die Risse in der bürgerlichen Hegemonie infolge der vielfachen Formen der Krise des Kapitalismus. Unsere Mitglieder müssen wissen, worauf wir uns berufen, welche theoretischen Erkenntnisse Basis unserer Analysen sind, auf welche Tradition – etwa die des antifaschistischen Widerstandskampfes – unsere Partei aufbaut und was es für uns bedeutet, im 21. Jahrhundert als Kommunistische Partei zu wirken. Eine Stärkung unseres Selbstverständnisses wappnet uns gegen diese Angriffe.

Weiters müssen wir Erfahrungen, die unsere Mitglieder in verschiedenen Politikfeldern über die letzten Jahrzehnte gemacht haben mit allen Mitgliedern teilen, sie weitertragen und vervielfältigen. Dazu zählen etwa unsere wohnpolitische Expertise, unser sozialpolitisches, energiepolitisches, gesundheitspolitisches Wissen und vieles mehr, die Erfahrungen im Organisieren politischer Aktionen und Proteste, von Wahlkämpfen oder den beliebten Festen der KPÖ.

Und schließlich gilt es, unter den Mitgliedern und Aktivist:innen der KPÖ auch praktische Skills zu entwickeln und uns zu befähigen, Aufgaben zu übernehmen. Das können Talente, Erfahrungen und Fähigkeiten sein, die die Leute in die Partei mitbringen, dort einsetzen oder andere daran teilhaben lassen. Damit können aber genauso Notwendigkeiten in unserer politischen Arbeit abgedeckt werden: Infostraining, Foto-Workshops, das Erstellen von Grafiken, Rhetorikschulungen, das Organisieren von Veranstaltungen und Organisationen, gemeinsames Plakatieren etc. Mitunter hier wurden bereits viele erste Schritte gesetzt, an denen wir weiter ansetzen wollen.

Wichtig ist, unsere Mitglieder bei Aktivitäten, an denen sie mitarbeiten in Entscheidungsstrukturen einzubauen und ihnen die Möglichkeit zu geben, Verantwortung zu übernehmen. Einerseits ist dies die beste Methode, neue Praktiken zu erlernen, andererseits kann so vorgebeugt werden, dass Mitglieder die Motivation verlieren. Es ist zudem Voraussetzung dafür, unserer Aufgaben und Tätigkeiten schrittweise auf mehrere Schultern zu verteilen und somit zu verbreitern.

1.3

„WEIL ES UNS BRAUCHT“: KOMMENDE AUFGABEN UND NÄCHSTE SCHRITTE

Angeichts der politischen und gesellschaftlichen Verwerfungen werden auch in den kommenden Monaten und Jahren große Aufgaben auf unsere Partei zukommen. Während sich die strukturelle Krise des Kapitalismus zuspitzt und angesichts leerer öffentlicher Kassen mit drastischen Kürzungsmaßnahmen für die Mehrheit der Bevölkerung zu rechnen ist, wollen die Herrschenden in Österreich und der EU auf einen verschärften Kurs der militärischen Aufrüstung setzen. Mit einem solchen „Militär-Keynesianismus“ hoffen die ökonomischen und politischen Eliten die kränkelnde Wirtschaft anzukurbeln, in Wahrheit befeuern sie damit aber die Kriegsgefahr, vertiefen die ökologische Krise und verschärfen die sozialen Probleme, da Milliarden an Steuermitteln nicht etwa in Soziales, nachhaltige Beschäftigung, Gesundheit, Wohnen, Klimaschutz oder Bildung fließen, sondern in totes und potentiell todbringendes Metall. Zugleich heizen rechte, rechtsextreme und neofaschistische Kräfte in Österreich wie international die Gangart eines autoritären Kapitalismus an, der mit entmenslichter, rassistischer und demagogischer Rhetorik humanistische, soziale und ökologische Errungenschaften angreift. Unsere Antwort darauf muss ein klassenorientierter und klassenbewusster Antifaschismus sein, der die Politik der Rechten demaskiert als eine Politik für Superreiche, Konzerne und Banken. Die arbeitenden Menschen werden sich der Politik der Rechten dann entgegenstellen, wenn sie erkennen und wissen, dass sich deren neoliberale Politik drastisch gegen die Interessen der Arbeiter:innenklasse richtet.

Hier wollen wir als KPÖ eine entscheidende Rolle in der Aufklärung und Organisation der arbeitenden Menschen spielen und zugleich Bruchstellen finden, die Menschen in Bewegung bringen für ihre sozialen Interessen – gegen neoliberale Eliten, rechte Politik und militärische Aufrüstung. Aus der heutigen Perspektive sind diese möglichen Bruchstellen für die Entstehung neuer sozialer Bewegungen noch nicht auszumachen, sie könnten aber zu finden sein in der Friedensfrage, in Bewegungen gegen die blau-schwarze Kürzungspolitik in der Steiermark, in Bewegungen gegen die neoliberale Kürzungspolitik der Bundesregierung oder aber in neuen Protestbewegungen. Als aktive und vorwärtstreibende Kraft der Arbeiter:innenbewegung wollen wir als KPÖ in allen diesen Auseinandersetzungen unsere Rolle

im Bündnis mit der Bevölkerung einnehmen und eine Richtung und Perspektive für die kommenden Kämpfe entwickeln.

Eine zentrale Rolle im kommenden Jahr wird zugleich die Grazer Gemeinderatswahl spielen: Bei der Wahl im Jahr 2021 konnte die KPÖ mit 28,8 Prozent und über 34.000 Stimmen stärkste Kraft werden, in der Folge wurde Elke Kahr als erste Kommunistin zur Bürgermeisterin der zweitgrößten Stadt Österreichs gewählt und die KPÖ stellt in Koalition mit Grünen und SPÖ die Mehrheit in der Grazer Stadtregerung. Im Leitantrag unseres vergangenen Landesparteitags haben wir die Aufgabe dieses Projekts folgendermaßen skizziert: „Es liegt an uns allen, dass wir das neu aufgeschlagene Kapitel in der Stadt Graz für ein Projekt des sozialen Fortschritts, des kommunalen Umbaus und der klassenkämpferischen Bewegungen nutzen, das den arbeitenden Menschen vor Ort Selbstvertrauen und Zuversicht gibt und damit zugleich Strahlkraft in der Steiermark und ganz Österreich entwickelt.“

Trotz massiver budgetärer Schwierigkeiten und beständiger medialer Attacken sind der KPÖ in Graz wichtige soziale Errungenschaften, Fortschritte und Erfolge im Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung gelungen. Sie hier in der Breite aufzuzählen, würde den Rahmen des Leitantrags sprengen, es wird aber für diese Wahlauseinandersetzung entscheidend sein, diese Errungenschaften noch deutlicher sichtbar zu machen als Grundlage für eine breite öffentliche Wahrnehmung und ein selbstbewusstes Auftreten der Partei, unserer Mitglieder, Wähler:innen und zahlreicher Multiplikator:innen in allen gesellschaftlichen Bereichen der Stadt. Nur so kann eine gemeinsame Verteidigung einer sozialen, ökologischen und demokratischen Stadtentwicklung, die nicht länger neoliberalen Vorgaben und Klientelpolitik im Interesse von ökonomischen Eliten folgt, verteidigt werden und gegen eine neuerliche Übernahme der Stadt durch eine schwarz-blaue Koalition abgesichert werden. Den von der KPÖ maßgeblich bestimmten Grazer Weg einer Stadt an der Seite der Bevölkerung gilt es dafür als politisches Gegenmodell für breite Bevölkerungsteile greifbar und verständlich zu machen. Dieser Weg kann nur mit einer erneut von der Bevölkerung gestärkten KPÖ fortgesetzt werden, andernfalls droht der neoliberale Abriss vieler sozialer, ökologischer, demokratischer und kultureller Errungenschaften. Diese Auseinandersetzung wollen wir im kommenden Jahr als steirische KPÖ mit ganzer Kraft führen.

Zuletzt wollen wir noch auf die quantitative Stärkung der Arbeit unserer Partei zu sprechen kommen. Wenngleich uns in den vergangenen Jahren viele Schritte der Professionalisierung gelungen sind, gibt es noch viel Luft nach oben – und zugleich steigen die Anforderungen gerade an eine Partei wie die unsere, durch gesellschaftliche wie durch technologische Entwicklungen. Die Entwicklung unserer Partei soll noch stärker als bisher anhand festgesetzter Ziele und klarer Aufgabebereiche erfolgen, die insbesondere im Landessekretariat eine klare Zuständigkeit brauchen. Das gilt etwa für den Bereich der Kampagnenarbeit und soziale Medien, die Aktivierung unserer Mitglieder, die Weiterentwicklung unserer kommunalpolitischen Arbeit und unserer Verankerung in den Bezirken, die Stärkung unserer Bildungsarbeit oder die Verankerung in der Arbeitswelt und in Betrieben.

1.4 DIE ÜBERPRÜFUNG UNSERER ZIELE

Um den anstehenden Aufgaben gerecht zu werden, wollen wir als KPÖ organisatorische Entwicklungen nach vorne machen. Dazu zählen etwa eine organisatorische Stärkung und Verbreiterung der Partei. Aufgaben, die sich derzeit bei einzelnen bündeln, können und sollen auf breitere Beine gestellt werden. Genoss:innen können noch stärker in die Arbeit der Partei eingebunden werden, indem klare Aufgaben verteilt werden. Das gilt für die Arbeit in den gewählten Gremien, in Landesvorstand und Sekretariat, soll aber genauso in der Basisarbeit vermehrt stattfinden. Über klar verteilte Verantwortlichkeiten kann es gelingen, eine größere Zahl an Aufgaben gleichzeitig bewältigen zu können und auch eine größere Verbindlichkeit der mit den Aufgaben betrauten Genoss:innen herzustellen. Durch transparente Aufgabenverteilung und Verantwortlichkeit kann mehr Struktur in unsere alltägliche Arbeit gebracht werden.

Landessekretariat und Landesvorstand sind in Absprache mit den Bezirksverantwortlichen angehalten, konkrete nächste Schritte zu formulieren, die ein zielgerichtetes Arbeiten ermöglichen. Dazu können beispielsweise folgende Aufgabenstellungen dienen:

- Zuwachs an Mitgliedern
- Erreichung einer gewissen Zahl aktiver Mitglieder in einer Bezirksorganisation
- Etablierung von regelmäßigen Treffen der Mitgliedschaft in den Organisationen
- Abhaltung von Bildungs- oder Schulungsveranstaltungen in bestimmten Abständen
- Hebung des Frauenanteils in unserer Partei
- Erreichung bestimmter Zielgruppen mit unseren Inhalten über einen gewissen Zeitraum
- Etablierung bestimmter zu den Bezirksorganisationen passender Formate oder solidarische Projekte (Stammtische, Flohmarkt, Nachbarschaftsküchen, polit. Diskussionsveranstaltungen usw.)
- Einführung von regelmäßigen Treffen der Bezirksverantwortlichen
- Können wir politische Themen setzen und den Diskurs (in bestimmten Bereichen) beeinflussen und prägen?

Damit dies langfristig gelingen kann, ist es nötig, dass wir die Ziele, die wir uns als Partei setzen, in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung unterziehen. In diesem Zusammenhang sollte der Leitantrag des 28. Landesparteitages weiter als Arbeitsunterlage dienen. Die damals formulierten Ziele sind in weiten Teilen immer noch aktuell. Der derzeitige Zustand unserer Partei sollte mit ihnen abgeglichen und aus dem Ergebnis müssen Schlüsse für das weitere Vorgehen oder eine eventuelle Adaptierung der Ziele gezogen werden. Gleiches gilt für die Analysen, Ziele und Arbeitsweisen, welche wir am 29. Landesparteitag für die nächsten Jahre beschließen. Angesichts der politischen Umbrüche aber auch der Wahlergebnisse der letzten Monate, die uns als KPÖ in eine schwierigere Ausgangslage gebracht haben, müssen wir vieles, an das wir uns in unserer Arbeit über die Jahre gewöhnt haben, infrage stellen. Wir müssen den Mut haben, im „trial and error“-Verfahren neue Dinge auszuprobieren, ohne unsere Grundhaltungen und die Eckpfeiler unserer Arbeit (siehe: Leitantrag zum 28. Parteitag) aufzugeben. Dabei können wir auf die kommunistische Tradition von Kritik und Selbstkritik zurückgreifen. Das bedeutet weder die Abwälzung von Verantwortung auf einzelne Genoss:innen, noch eine Selbstgeißelung, sondern die ehrliche Auseinandersetzung mit unseren Erfolgen und Fehlern.

Die Herausforderungen für unsere Partei werden nicht weniger. Jeder Erfolg, jeder Schritt den wir setzen, bringt neue Aufgaben mit sich. Dass wir uns dennoch stetig weiterentwickeln, Solidarität leben, menschlich, freundlich und frohen Mutes sind, auch angesichts schwieriger Umstände nicht die Überzeugung

verlieren, dass eine bessere Welt möglich ist, ist die große Stärke der KPÖ Steiermark. Und in diesem Sinne können wir uns den zukünftigen Entwicklungen und Kämpfen zuversichtlich und mit der alten Losung der Arbeiter:innenbewegung stellen: Wir lernen im Vorwärtsgen!

2.

DER POLITISCHE STATUS QUO

2.1

DIE DIFFUSE WAHRNEHMUNG POLITISCHER VERHÄLTNISSE

Unsere politische Gegenwart ist vielfach geprägt von Orientierungslosigkeit und einer diffusen Wahrnehmung politischer Verhältnisse und Entwicklungen durch die Mehrheit der Bevölkerung. Während die auf die Corona-Krise folgende Preiserhöhung und die vorherrschende politische Konstellation zu dieser Zeit Räume für progressive Themen im politischen Diskurs in großen Medien und Bevölkerung öffnete, konnte diese Phase von den Herrschenden binnen kürzester Zeit in einen gegenteiligen Diskurs umgeleitet werden. Vor allem in den Jahren 2022, 2023 und zu Beginn des Jahres 2024 wurde die Erhöhung der Preise zum Auslöser für den Ansatz progressiver Diskussion. Weitere Faktoren waren eine bereits vor Corona einsetzenden Überproduktionskrise, die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Zeit, die Sanktionspolitik der Europäischen Union infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine und die damit einhergehenden energiepolitischen Maßnahmen. Dies machte sich an der gesellschaftlichen Verhandlung verschiedener Themen deutlich: die Frage des

Umgangs mit den massiv erhöhten Mieten und Wohnkosten, die Frage des Umgangs mit den in Österreich unter einer SPÖ-ÖVP-Regierung 2008 abgeschafften Erbschaftssteuern oder von Modellen einer Steuer für große Millionenvermögen. Die Frage nach der Legitimität und nach dem Zugriff auf die Übergewinne großer Energiekonzerne ist hier ebenso hinzuzuzählen, welche diese aufgrund des Merit-Order Prinzips und anderer neoliberaler Vehikel anhäufen konnten, während Millionen an Stromkund:innen in Österreich Höchstpreise zahlten. Die KPÖ Steiermark konnte diese Debatten mitgestalten, beispielsweise über Aktionen wie eine Anti-Teuerungs demonstration in Graz, die Tagung zu Wohnungspolitik oder die Wohnpetition. Viele dieser Aktionen fanden eine gute Resonanz. Eine besondere Rolle spielten dabei die Wahlerfolge der KPÖ in Graz und auch in Salzburg. Damit wurde das Thema Wohnen und Miete zum bundesweit diskutierten Thema.

Aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse in Bundes- und Landesregierung konnte jedoch keine nachhaltige Besserung der Situation erreicht werden. Eine große Ausnahme stellt die Erhöhung und jährliche Inflationsanpassung der Wohnbeihilfe in der Steiermark dar – ein Erfolg der Wohnpetition der KPÖ.

Maßnahmen gegen die Teuerung blieben großteils wirkungslos und/oder temporär und hatten keinerlei Auswirkungen auf das ökonomische Kräfteverhältnis im Land, auch weil sich insbesondere die ÖVP vehement gegen jede preisdämpfende Maßnahme stemmte. Als Gegenpol sind hier jene Schritte zu nennen, die die Grazer Stadtregierung mit der KPÖ als stärkste Kraft im Rahmen ihrer Möglichkeiten umsetzen konnte, insbesondere einen mehrjährigen Mietendeckel für stadteneigene Gemeindewohnungen. Die Kaufkraft der Menschen in ganz Österreich nahm über die letzten fünf Jahre ab, finanzielle Notlagen und ökonomische Unsicherheit sind weiter bemerkbar.

Zwar bleiben Teuerung und die Wohn-Frage Umfragen zufolge weiter unter den wichtigsten Themen für Menschen in Österreich, neben den Fragen von Migration und Asyl. Die kurze Phase einer tendenziell progressiven Annäherung an diese Themen ist jedoch im Verlauf des Jahres 2024 gekippt, wurde durch etablierte Parteien und Medien gezielt überlagert und umgelenkt. Ein großer Teil der Menschen in unserem Land steht der Krise des Kapitalismus ohne brauchbare Erklärung gegenüber. Die Bandbreite der Reaktionen auf diese Bedrohungslage reicht von Überforderung, Verweigerung von Realitäten, Hinwendung zu reaktionär-konservativen Tendenzen bis hin zur „inneren Emigration“.

Die Empörung von Menschen über bestimmte systemische Missstände folgt oftmals keinem inhaltlich-ideologischen Bogen mehr, der diese ordnet und in eine größere Erzählung einbettet. Empörung kann rasch aufkochen und sich rasch wieder einem anderen Symptom zuwenden.

Der Anspruch der KPÖ muss es sein, diese Tendenzen zu durchbrechen. Es gilt die Ursachen von sozialen Verschlechterungen für die Mehrheit der Menschen aufzuzeigen und aufzudecken, dass die Agenda von rechten Parteien deren Interessen entgegenläuft. Wir wollen sowohl politische Orientierung zu geben als auch jene Menschen zu organisieren, die sich für eine andere Gesellschaft einsetzen wollen. Zudem wollen wir eine solidarische Anlaufstelle für die alltäglichen Sorgen und Probleme der Menschen, die sich aus dem Kapitalismus und seiner vielfältigen Krise ergeben, sein.

2.2

DIE VIELFACHEN FORMEN DER KRISE DES KAPITALISMUS

Die Krise des Kapitalismus drückt sich in vielen verschiedenen Formen aus, die sich im Alltagsleben der Menschen in unserem Land auf unterschiedliche Weise manifestieren. Hier kann lediglich auf ein paar Aspekte dieser Krise eingegangen werden. Jeder dieser Aspekte und die Gesamtheit der kapitalistischen Krise bedürfen einer genauen Analyse unter marxistischem Gesichtspunkt.

Vermögen sind in Österreich enorm ungleich verteilt. Multimillionäre und Milliardäre werden in der Tendenz noch reicher, während die „unteren“ 50 Prozent der österreichischen Bevölkerung gerade einmal 2,5 Prozent des Gesamtvermögens besitzen. Die Anlegung überakkumulierten Kapitals in der Finanzsphäre ist weiterhin dominant. Die Sicherung der Profitrate über Spekulation mit Finanzprodukten und ein weitgehend unregulierter Banken- und Finanzsektor schaffen neue Finanzblasen wie etwa im Bereich der Kryptowährungen, während auch in Österreich der Abbau weiterer Industriearbeitsplätze, ergo der Realwirtschaft droht. Zugriffe auf diese Vermögen in Form von Steuern, welche sowohl eine wichtige Maßnahme für mehr Gerechtigkeit wären als auch Teil einer sozialen Steuerreform sein müssten, werden trotz hoher Zustimmungswerte von den jeweiligen Regierungen nicht umgesetzt. Schrittmacher einer solchen Politik im Sinne von Konzernen, Banken und Vermögenden ist in Österreich seit Jahrzehnten die ÖVP. FPÖ und NEOS überbieten die ÖVP in ihren Wirtschaftsprogrammen mit neoliberalen „Rezepten“, während SPÖ und Grüne in Regierungsverantwortung stets eine Politik für die ökonomischen Eliten zulasten der arbeitenden Menschen mitgetragen haben. Eine gestärkte KPÖ kann hier einen Unterschied machen, weil sie als einzige Partei bereit ist, sich mit den Superreichen und Eliten anzulegen.

Unternehmensgewinne werden mitunter dadurch gesichert, dass die Lohnquote weit niedriger ist als etwa in den 70er- und 80er-Jahren. Hinzu kommen steuerliche Begünstigungen wie eine Senkung der Körperschaftsteuer, die Bundesregierungen unterschiedlicher politischer Zusammensetzungen über die letzten Jahrzehnte vorantrieben, während die Investitionen der Unternehmen sinken. Dadurch fehlen finanzielle Mittel für

sozialstaatliche Maßnahmen, Infrastruktur, die Daseinsvorsorge allgemein, das Gesundheitssystem, Bildung, Klimaschutz etc. Auf Ebene des Landes Steiermark fehlt es ebenso an der Einführung sinnvoller Abgaben (Nahverkehrsabgabe, Schottersteuer etc.). Kürzungen im Gesundheitssystem, bei sozialen Beihilfen, bei Kunst und Kultur und eine gravierende Finanzlücke bei den steirischen Gemeinden sind Ergebnisse dieser Politik.

Wohnen wird in seiner ökonomischen Gesamtheit in unserer heutigen Gesellschaft nicht als menschliches Grundbedürfnis behandelt, sondern ist in vielfältiger Hinsicht ein Kapitalverhältnis, das sich mehr oder weniger auf den gesamten Wohnungsbestand erstreckt. Es geht um die Herstellung und den Verkauf einer Ware: An- und Verkauf von Wohnungen oder die Spekulation auf steigende Boden-/Immobilienwerte sind Geschäftsmodelle einer Reihe von Immobilienkonzernen und nicht selten Anlageziel internationalen Kapitals. Mietpreise werden dadurch in exorbitante Höhen getrieben. Leidtragende dieses Umstandes sind jene Menschen, die ein einfaches Bedürfnis nach sicherem Wohnraum haben. Ihre Sicherheit und die Aussicht auf dauerhaft bezahlbaren Wohnraum sind mit der Deregulierung der Wohnungsmärkte und der Privatisierung vieler öffentlicher Bestände aufgegeben worden.

Unsicherheit ist auch ein entscheidender Faktor im Berufsleben. Drohende Arbeitslosigkeit, rechtliche Rückschritte, wie die Abschaffung der Hacklerregelung, der Angriff auf die Pensionen der ÖVP-SPÖ-Neos-Regierung oder die Diskussion über ein degressives Arbeitslosengeld treffen auf prekäre Arbeitsverhältnisse: Arbeitsüberlastung, schlechte Lohnabschlüsse, Scheinselbstständigkeit, rechtliche Schlechterstellung usw. Die Lebensarbeitszeit soll den Wünschen des Kapitals gemäß verlängert werden. Gepaart mit den hohen Kosten für Wohnen, Energie, Lebensmittel etc. sind selbst Menschen mit guten Einkommen mit einer ständigen Gefährdung bei Jobverlust, Krankheit oder sonstigen Schicksalsschlägen konfrontiert. Sozialer Abstieg oder eine soziale Notlage sind für viele arbeitende Menschen wahrscheinlicher als eine sorgenfreie Lebensgestaltung. Altersarmut wird ein reales Bedrohungsszenario.

In der Steiermark ist hier insbesondere der stete und weiterhin drohende Verlust zahlreicher Industrie Arbeitsplätze zu nennen. Dieser geht auf verschiedene Faktoren zurück und hat seinen Anfang in der Privatisierung der verstaatlichten Industrie.

Neben einer mehrjährigen Rezession sind die internationale Konkurrenz, die hohen Energie-Preise als Folge politischer (Fehl-)Entscheidungen, der von Trump ausgerufenen Zoll-Krieg oder eine Sättigung des Stahl-Marktes aktuelle Gründe dafür. Der Abbau an Industrie zieht strukturelle Probleme nach sich. Große Teile der Bevölkerung müssen auspendeln oder Arbeit in deutlich schlechter bezahlten Berufen finden. Diese Problematik zwingt oftmals junge Menschen zu einer Abwanderung aus vielen Regionen der Steiermark. Als Gegenmaßnahme bräuchte es einen starken Anteil öffentlichen Eigentums auch im Industriebereich und eine bewusste Gestaltung der Industriepolitik. In der Steiermark sind Beteiligungen an der Stahl- und Fahrzeugindustrie ebenso denkbar wie die Übernahme von Schlüsselbetrieben in der Holzwirtschaft samt Schaffung einer Kette von Betrieben der Finalproduktion (Pellets, Möbel, Holzhäuser etc.).

Organisierter Widerstand gegen diese Entwicklung blieb über weite Strecken zahnlos und jedenfalls unzureichend, speziell in der Steiermark ist hier eine zaghafte Aktivität der Gewerkschaft zu festzustellen. Man denke etwa an die verpuffenden Proteste gegen die Einführung des 12-Stunden-Tages, für einen besseren Kollektivvertrag in der Sozialwirtschaft, für höhere Löhne angesichts der Teuerung. Soziale Ungleichheit, Sorgen über einen sozialen „Abstieg“ und Zukunftsängste sind eine Folge.

Die neoliberale Ausformung des Kapitalismus hat spezifische Auswirkungen auf die Formen gesellschaftlicher Interaktion. Fortschreitende Individualisierungstendenzen, Entsolidarisierung, die zunehmende Kommodifizierung vormals konsumfreier Räume, die Zurückdrängung von traditionellen Begegnungsorten und die damit einhergehende Vereinsamung sind Symptome davon. Einsamkeit ist mittlerweile ein großes gesellschaftliches Problem geworden – auch in gesundheitlicher Hinsicht.

Der Schutz unserer Umwelt ist in Anbetracht des Klimawandels eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Dass der ungebremste Kapitalismus langfristig die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört, ist eine Wahrheit, die nur von der KPÖ offen angesprochen wird. Die große Industrie produziert in der Breite ohne jede Rücksicht auf Natur, Menschen und Tiere, um ihre Profite immer weiter zu steigern. Um den Konsum anzukurbeln, werden Waren sogar bewusst so hergestellt, dass sie früher kaputt werden. Dazu kommen globalisierte

Handelsströme mittels derer Elektroartikel, Lebensmittel & Co. um die halbe Welt geschickt werden. Dafür fließen nicht selten Millionensubventionen etwa durch die EU, was nicht nur für Unsummen an CO²-Ausstoß verantwortlich ist, sondern auch die Lebensgrundlagen der Menschen im globalen Süden zerstört. Die Antworten der etablierten Parteien bewegen sich zwischen einer vermeintlichen Implementierung ökologischer Maßnahmen im Kapitalismus, oft ohne Rücksicht auf Leistbarkeit für ärmere Menschen und unter Wahrung der Privilegien der Bourgeoisie („Green Capitalism“), und einer Negierung der Notwendigkeit eines ökologischen Gegensteuerns im Sinne jener Kapitalfraktionen, die vom Raubbau an der Natur profitieren.

Frauen sehen sich im aktuellen Stadium des Kapitalismus Angriffen auf ihre Rechte ausgesetzt. Teils bereits staatlich organisierte Care-Arbeit soll wieder in den häuslichen Bereich gedrängt und somit auf Frauen abgewälzt werden. Jetzt schon übernehmen Frauen fast doppelt so viel der unbezahlten Sorgearbeit wie Männer und werden durch Maßnahmen wie die Erhöhung des Pensionsantrittsalters und geringere Pensionen oft in die Altersarmut gedrängt. Er kämpfte Rechte, wie das Recht auf Abtreibung, werden von rechten und konservativen Regierungen in vielen Ländern der Welt zur Disposition gestellt. Reaktionäre Haltungen zu sogenannten „traditionellen Rollenbildern“ haben auch unter jungen Leuten Resonanz. Um ökonomische Gleichstellung muss weiter gekämpft werden. Einzelne „Erfolgsgeschichten“ stehen ungleiche Bezahlung im selben Beruf und zahlreiche Frauen in schlecht bezahlten Branchen gegenüber. Das führt zu wirtschaftlicher Abhängigkeit, die Möglichkeit zur Selbstbestimmung nimmt ab, die Gefahr von Gewalt nimmt zu.

Einen besonderen Status nimmt in den aktuellen Auseinandersetzungen die Frage der Aufrüstung, der Angriffe auf die österreichische Neutralität und der Organisation einer Friedensbewegung ein, auf die in weiterer Folge genauer eingegangen wird. Gleichsam wären noch viele weitere Aspekte dieser Krise zu nennen.

2.3

GEGEN AUFRÜSTUNG – FÜR EINE AKTIVE NEUTRALITÄTSPOLITIK

Mehr als eine Verdoppelung der Militärausgaben von jährlich rund 4 Milliarden Euro auf annähernd 10 (!) Milliarden Euro pro Jahr hat die österreichische Regierung aus ÖVP, SPÖ und NEOS in ihrem Regierungsprogramm vereinbart. Während bei Rüstungsausgaben das Geld offenbar keine Rolle spielt, schwören Regierungsvertreter:innen, Industriellenvereinigung und Massenmedien die österreichische Bevölkerung auf einen schmerzhaften Kürzungskurs ein, der noch in den Regierungsverhandlungen von FPÖ und ÖVP paktiert wurde. Die drastische Steigerung der Rüstungsausgaben folgt im Übrigen der Trump-Doktrin, der für die NATO-Staaten das Ziel von mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Beschaffung ausgegeben hat. Ein Kurs, dem nun auch die Herrschenden in Österreich folgen wollen, ungeachtet der verfassungsmäßig verankerten Neutralität unseres Landes. Noch drastischer sind die Zahlen, wenn wir auf die EU-Ebene blicken: Mit März 2025 beschloss die Europäische Union unter Kommissionspräsidentin von der Leyen unvorstellbare 800 Milliarden (!) Euro für zusätzliche militärische Aufrüstung unter dem Titel „ReArm Europe“ auszugeben. „Wir leben in einem Zeitalter der Aufrüstung“, erklärte von der Leyen dazu wörtlich. Für die milliarden schwere Beschaffung von Kriegsgerät wie Panzern, Kampffjets oder Raketen werden sogar zinsgünstige Kredite an Mitgliedsstaaten vergeben und die Schuldengrenzen gelockert, die in der neoliberalen EU-Wirtschaftspolitik bislang als unumstößlich galten.

Heute setzen die ökonomischen Eliten aller kapitalistischen Großmächte wieder auf die Profite der Rüstungsindustrie und sehen Kriege als legitimes Mittel bei der Durchsetzung ökonomischer Interessen. Der internationale Konkurrenzkampf um Macht, Einfluss und Profite wird immer mehr zugespitzt, selbst atomare Drohgebärden werden laut. Die Rüstungsspirale dreht sich weltweit auf Hochtouren. Damit wächst die Gefahr neuer Kriege und im Sinne der geistigen Mobilmachung verlangen die Herrschenden ein Bekenntnis für eine Seite. Für uns ist aber klar: In den Kriegen der Mächtigen haben die arbeitenden Menschen auf beiden Seiten der Front nicht zu gewinnen. Wir stehen solidarisch auf der Seite aller Opfer dieser Kriege. Kriege sind – entgegen der vielfachen medialen Verharmlosung – kein großes geopolitisches Schachspiel, Kriege löschen täglich

hunderte Menschenleben aus und führen zu fürchterlichem Leid für die Bevölkerung.

Wir treten für eine friedenspolitische Wende ein, gerade auch aus sozialpolitischen Gründen! Wir müssen uns darüber klar werden und noch mehr Menschen darüber aufklären, dass durch die Erhöhung der militärischen Ausgaben alle anderen Bereiche finanziell aushungert werden. Jeder Euro, der jetzt zusätzlich in die Rüstung fließt, fehlt bitter, wenn es um Soziales, Gesundheit und Pflege, Wohnen oder Bildung geht. Unser erklärtes Ziel muss es sein, maßgeblich zum Aufbau einer neuen Friedensbewegung in Österreich beizutragen.

In dieser Gemengelage werden zunehmend Bestrebungen seitens der Herrschenden gesetzt, die österreichische Neutralität aufzuweichen. Führende Kommentator:innen und Politiker:innen wollen sie lieber heute als morgen beseitigen, es wird ein NATO-Beitritt gefordert. Für uns ist die Neutralität kein Konzept der Vergangenheit. Wir sind für die Neutralität, weil sie im Interesse der österreichischen Bevölkerung ist, weil sie die Sicherheit, den Frieden und die Freiheit Österreichs schützt. Weil sie ein Mittel ist zu verhindern, dass österreichische Soldat:innen für die Interessen der Mächtigen in fremden Ländern sterben.

Die Neutralität muss aber auch wieder zu einem Auftrag werden, aktiv in der Welt für Abrüstung, Dialog und Frieden einzutreten. Neutralität und Solidarität sind kein Widerspruch. Sie heißt nicht, dass man die Augen vor Ungerechtigkeiten verschließen kann, sondern sich im Gegenteil einzubringen hat in Konflikte, aber nicht im Sinne der einen oder anderen Seite, sondern zur Vermittlung, als Ort für Verhandlungen. Dafür ist es notwendig die Integration in die militärischen Strukturen der EU und die gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik zurückzunehmen. Das Bundesheer muss aus den Battlegroups und den NATO- und EU-Auslandseinsätzen zurückgezogen werden.

Mit der Neutralität kann Österreich einen Beitrag leisten für eine gerechte Zukunft in der Welt, in der Krieg überhaupt unmöglich geworden ist, weil es keine Ausbeutung mehr gibt und Länder und Völker ihre Beziehungen gleichberechtigt und auf Basis des gegenseitigen Vorteils organisieren. Es liegt an uns, dieses Bewusstsein in die Menschen zu tragen. Frieden und Solidarität – durch Neutralität!

2.4

AUTORITÄRER KAPITALISMUS

Auch wenn angesichts der Krisen des Kapitalismus ein kritisches Hinterfragen des Systems phasenweise vermehrt stattfand, bleibt die Kapitalseite im politischen Kräfteparallelogramm dominant. Die Kommodifizierung weiterer Lebensbereiche, wie Wohnen, Gesundheit oder Bildung, als Ausdruck des neoliberalen Kapitalismus schreitet voran, Profitraten werden auf Kosten der Menschen stabilisiert, Reallöhne, Lohnquote und Kaufkraft sinken in der Tendenz trotz teils höherer Lohnabschlüsse infolge der Teuerung. Der Staat soll als Krisenmanager für die Kapitalseite fungieren, ist aber gleichzeitig mit dieser Aufgabe am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt und hat zunehmend Schwierigkeiten, seine Rolle als ideeller Gesamtkapitalist (Friedrich Engels) auszufüllen. Sozialstaatliche Reste sind Ziel von Angriffen des Kapitals und der herrschenden Parteien.

Unter den geschilderten Umständen vollzieht sich in der herrschenden Klasse, aber auch in immer größeren Teilen der Bevölkerung eine Hinwendung zu konservativ-neoliberalen und/oder rechtspopulistischen, antidemokratischen Kräften bis hin zu protofaschistischen Tendenzen. Diese Feststellung des deutschen marxistischen Politikwissenschaftlers Frank Deppes lässt sich in der aktuellen Situation in Österreich – sowie der Steiermark – und ebenso international beobachten. Die Entwicklung kann als autoritärer Kapitalismus beschrieben werden. Sie zeichnet sich durch eine Verengung demokratischer Spielräume aus, fordert die Disziplin nach innen ein und sucht nach außen die Konfrontation mit vermeintlichen Feinden. Die Sicherung der Machtverhältnisse zugunsten des Kapitals und, heruntergebrochen, der Profite der (Monopol-)Konzerne bedient sich einer Disziplinierung der Bevölkerung inklusive des Rückgriffs auf repressive Maßnahmen. Druck wird von oben nach unten weitergegeben.

Anhänger eines „autoritären Kapitalismus“ finden sich genauso in Österreich. So trat die Industriellenvereinigung vehement für eine blau-schwarze Regierung in Österreich ein. Wir sehen dieses Muster mittlerweile in vielen Staaten: Rechte Parteien machen Politik für die Reichen und lenken mit Rassismus davon ab, dass sie ihre eigenen Taschen füllen. Das Fehlen einer handlungsfähigen Linken über weite Strecken

sowie einer wirkmächtigen sozialistischen Alternative zu den kapitalistischen Missständen führt dazu, dass die populäre Unzufriedenheit den Ausweg nach rechts sucht.

Der Aufstieg autoritärer Herrschaftsformen und -ansätze sowie reaktionärer und antidemokratischer Parteien basiert auf zweierlei Dingen. Einerseits auf den Erfahrungen der breiten Masse der Menschen mit den Verwerfungen des neoliberalen Kapitalismus und den daraus entstehenden und von der herrschenden Politik geförderten Ängsten. Andererseits auf der Einsicht der herrschenden Klasse in die Fallstricke, die sich für ihre Machterhaltung aus den kapitalistischen Krisen ergeben. Nicht nur die Stabilität im Leben der Menschen ist untergraben, auch die Herrschaft der Bourgeoisie steht durchaus auf tönernen Beinen – und macht aus Herrschaftsperspektive eine Einschränkung der Widerstandsmöglichkeiten nötig.

Viele Menschen, die unter den Verwerfungen des Neoliberalismus leiden, ziehen daraus den Schluss, dass ein erfolgreiches Leben im Neoliberalismus nur unter Verinnerlichung von dessen Ideologiebausteinen möglich ist: Einzelkämpfer:innentum, Ellbogenmentalität, Entsolidarisierung, Ausnutzung und Ausbeutung. Dieses „Heilsversprechen“ sehen sie in rechten, neoliberalen, konservativen Parteien und in deren Proponenten verwirklicht. Sie suggerieren den Menschen bei allen Verwerfungen zumindest auf der Seite der Sieger, der Profiteure stehen zu können. Dies macht die Schaffung von Feindbildern nötig. Soziale Konflikte werden in der massenmedialen Bearbeitung ethnisiert, um mit Sündenbock-Denken von der Verantwortung der ökonomischen Eliten abzulenken. Ebenso erfolgt eine sukzessive Diskreditierung progressiver Bewegungen, um fortschrittliche Auswege aus dem Status quo im doppelten Wortsinn unmöglich zu machen.

Ökonomische, politische und gesellschaftliche Entwicklungen lassen sich immer schwerer ordnen und kontrollieren, sie gestalten sich konfliktreich. Diese realen Konflikte werden von der Bevölkerung wahrgenommen. Auch dadurch kann die Attraktivität, die autoritäre Antworten auf manche Menschen ausüben, erklärt werden. Sie geben das falsche Gefühl, Kontrolle zurückzugewinnen. Indem sie auf traditionelle und bekannte Muster setzen, vermitteln sie ein trügerisches Gefühl von Sicherheit.

Hinzu kommen die Auswirkungen der neoliberalen Umgestaltung des Bildungssystems. Dadurch wird weniger Wert darauf gelegt, Menschen zu befähigen Dinge kritisch zu hinterfragen. Es beginnt schon in der Schulzeit, wo ein Mangel an Lehrkräften und Leistungsdruck für Schüler:innen oft kaum Raum lassen für die freie Entfaltung der Talente von Kindern und der Entwicklung eigener Gedankengänge. Auf der Universität und anderen weiterführenden Bildungswegen setzt sich dies fort. Wissenschaft und Forschung sind über weite Strecken Kapitel- und Profitinteressen unterworfen und einer Kürzungspolitik ausgesetzt.

Die Akzeptanz oder sogar Befürwortung der Einschränkung demokratischer Spielräume baut auf der Erfahrung der Menschen im Kapitalismus auf, der eine wirklich demokratische Gestaltung der Gesellschaft nicht zulässt. Interessen im Sinne der breiten Mehrheit der Menschen werden zugunsten der Interessen einiger weniger untergraben. Die bürgerlichen Parteien verschiedener Couleur wechseln sich an den Regierungssitzen ab, die Politik im Sinne der herrschenden Klasse bleibt jedoch ungebrochen. Die Menschen machen die Erfahrung, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, durch bundesweite Wahlen tatsächlich nachhaltigen Einfluss auf das politische Geschehen auszuüben. Der Demokratiebegriff im Kapitalismus bleibt beschränkt auf die politische Sphäre, er umfasst nicht betriebliches, wirtschaftliches, kulturelles und sonstiges Geschehen.

Die praktizierte Form der „Ausgrenzungsdemokratie“ (wie sie die Schriftstellerin Daniela Dahn nennt) führte und führt dazu, dass rechtskonservative und protofaschistische Kräfte Anhänger:innen in jenen Gruppen und Schichten finden, die sie eigentlich „entrechteten, verarmten und schließlich verheizen wollen“. Das Einzige, was sie ihnen bieten, ist für eine gewisse Zeitspanne wahrgenommen zu werden. Auch wenn die FPÖ mit ihren politischen Zielen den arbeitenden Menschen in ihren objektiven Interessen entgegensteht, ist eine Stimme für die FPÖ für viele Menschen eine Genugtuung, weil sie damit jene Parteien brüskieren, die sie für ihre (ökonomische) Situation verantwortlich machen. Durch dieses Wahlverhalten erlangen Menschen, die in der kapitalistischen Demokratie in Wahrheit keine Stimme haben, eine vermeintliche Handlungsfähigkeit. Dieser Umstand muss erkannt werden. Darüber hinaus ist es unsere Aufgabe, ständig auf die Kurzsichtigkeit und die negativen politischen Folgeerscheinungen

der „Geltendmachung ihrer politischen Existenz“, die viele Menschen – auch aus der Arbeiter:innenklasse – auf diese Art einfordern, aufmerksam zu machen und Alternativen einer fortschrittlichen Gegenmacht aufzuzeigen.

Der Kampf gegen antidemokratische Entwicklungen kann aber nicht ein Festhalten am aktuellen System bedeuten, wie es die etablierten Parteien glaubhaft machen wollen. Es muss ein Kampf für tatsächliche demokratische Kontrolle über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Geschehen in unserem Land sein und dementsprechend eine massive Ausweitung der Mitgestaltungsmöglichkeiten der Arbeiter:innenklasse zum Ziel haben. In der Kurzfassung unseres Landesprogrammes wird dies folgendermaßen skizziert:

„Sozialistische Demokratie kann nur eine qualitativ neue Demokratie sein. Sozialistische Demokratie beruht – im Unterschied zur bürgerlichen – nicht auf der Erhaltung und Absicherung der Sonderinteressen einer kleinen Schicht von Eigentümern riesiger Kapital- oder Immobilienvermögen bzw. Konzernen, Banken und Versicherungen, sondern dient der Durchsetzung der Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung: gesicherte Arbeitsplätze, von denen man ordentlich leben kann, Bildung und Gesundheit für alle, ohne auf den Geldbeutel zu schauen, Schluss mit dem Zwang, unter noch so verheerenden Bedingungen seine Arbeitskraft zu Markte tragen zu müssen.“

3.

AUSWIRKUNGEN & AUFGABEN DER KPÖ

Das Kippen des zwischenzeitlichen fortschrittlichen Trends hat sich bei den Wahlen in der Steiermark gezeigt. Gute Umfragewerte aus dem Frühjahr 2024 schlugen sich bei der Landtagswahl am 24. November nicht in den Wahlergebnissen nieder. Dies hatte interne Gründe, welche nach der Wahl sowohl in den Gremien der KPÖ als auch in den Bezirksorganisationen im Rahmen von Reflexionsrunden analysiert wurden, war aber ebenso maßgeblich von der skizzierten politischen Stimmungslage beeinflusst. Anstatt des erhofften Zugewinns hatte die KPÖ einen Verlust bei Prozentanteilen und Wähler:innenstimmen zu verzeichnen und konnte nur knapp den Wiedereinzug in den Landtag Steiermark sichern. Die Gemeinderatswahlen im

März dieses Jahres lieferten keinen Trendumkehr, sondern führten ebenfalls zu schmerzhaften Verlusten für die KPÖ. Festgehalten werden muss, dass es uns unter schwierigen Umständen trotzdem gelungen ist, im Landtag zu verbleiben und in vielen Gemeinden starke Ergebnisse zu halten und ein relevanter kommunalpolitischer Faktor in der Steiermark zu bleiben. Das ist selbst angesichts der Verluste ein Erfolg und keine Selbstverständlichkeit.

Die neu gebildeten Regierungen auf Bundes- und Landesebene bedeuten Kontinuität in der Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiter:innenklasse. Das gilt österreichweit für ÖVP, SPÖ

und Neos sowie in der Steiermark für FPÖ und ÖVP. Kürzungen zulasten der Bevölkerung werden rhetorisch vorbereitet und bilden sich in den Budgetentwürfen ab. Vertreter:innen der Kapitaleseite fordern geringe Lohnabschlüsse, selbst Kürzungen in prekären Bereichen wie dem Gesundheits-, Bildungs- oder Sozialsystem werden angekündigt und umgesetzt – sowohl im Bund als auch im Land. Das „Durchwürfeln“ der Parteien auf den Regierungssitzen hat wenig überraschend keine Abkehr von der neoliberalen Politik gebracht. Grüne und SPÖ in Oppositionsrolle üben sich teils in kritischen Floskeln, schielen aber bereits wieder auf Regierungsposten. Ihre Versprechungen sind leer.

Der Rückgang der Wirtschaftsleistung hat drastische Auswirkungen auf die Gemeinden. Ein Rückgang der Beschäftigten bedeutet zudem einbrechende Einnahmen aus der Kommunalsteuer. Die Ertragsanteile, also der Anteil am Steueraufkommen, der Ländern und Gemeinden zukommt, gehen seit 2023 zurück. Zusätzlich werden den Gemeinden immer neue Aufgaben übertragen, die sie stemmen müssen – ohne dass ihnen dabei ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Besonders hart trifft das Graz, wo eine Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ seit der Wahl 2021 versucht, die Stadt sozial, demokratisch und ökologisch umzugestalten. Viele kleinere und größere Verbesserungen sind gelungen. Doch von Beginn an wurden der Stadt in diesem Versuch Steine in den Weg gelegt. Vor allem dem Land Steiermark – und das egal, ob Schwarz-Rot oder Blau-Schwarz regiert – ist eine kommunistische Bürgermeisterin in der Landeshauptstadt ein Dorn im Auge. Deshalb werden schon lange zwischen Stadt und Land abgestimmte Projekte auf die lange Bank geschoben oder gänzlich abgeblasen. Deshalb wurden Graz im Sozial- und Pflegebereich zig Millionen entzogen.

Die Grazer Gemeinderatswahl in diesem wirtschaftlich widrigen und politisch bedrängenden Umfeld ist die wohl größte Herausforderung der kommenden drei Jahre. Von ihrem Ausgang hängt nicht nur für die steirische KPÖ viel ab, sondern er ist wesentlich mitentscheidend, ob und wie der eingeschlagene Weg des Wiederaufbaus der Kommunistischen Partei Österreichs fortgesetzt werden kann.

Angesichts der beschriebenen Tendenzen darf trotzdem nicht übersehen werden, dass gleichzeitig ein großes widerständiges

Potenzial in unserer Gesellschaft besteht. Die KPÖ und unsere befreundeten Organisationen haben mehr Mitglieder als beim letzten Parteitag. Die Anzahl jener Menschen, die die KPÖ bewusst bei allen Wahlen wählen, ist größer und konstanter geworden. Es gibt nicht wenige Vereine, Initiativen oder Gruppen, die sich kritisch mit dem Kapitalismus auseinandersetzen und in der KPÖ dabei eine Partnerin sehen. Proteste gegen politische Verhältnisse und Maßnahmen von verschiedenen Seiten finden in regelmäßigen Abständen statt und bieten Anknüpfungspunkte für unsere Ideen.

3.1

WIDERSTREIT DER IDEEN

Die Erfahrungen aus den Wahlkämpfen zeigen, dass die Menschen der KPÖ positiv gegenüberstehen. Unsere Genoss:innen erlebten viel Zuspruch im direkten Kontakt mit der Bevölkerung, welcher sich gleichzeitig nicht in Wähler:innenstimmen niederschlug. Die Arbeit der KPÖ wird geschätzt und respektiert, gleichzeitig reicht dies in der aktuellen politischen Situation oft nicht, um ausschlaggebende Motivation für die Wahlentscheidung der Menschen zu sein. Der Leitspruch der KPÖ, eine „nützliche Partei des täglichen Lebens und der großen Ziele der Arbeiter:innenbewegung“ zu sein, hat weiterhin Gültigkeit. Die Nützlichkeit drückt sich nicht nur in transparenter und konsequenter Sachpolitik im Interesse der Arbeiter:innenklasse aus, die Gehaltsobergrenze der Partei und die damit verbundene konkrete Hilfe sind ebenso Ausdruck dieses Ansatzes. Auch dass unsere Mitglieder und Mandatar:innen stets ansprechbar für die Anliegen der Bevölkerung sein wollen und sich als Teil der Arbeiter:innenbewegung verstehen, ist elementarer Bestandteil dieses Ansatzes, der im Leitantrag des 28. Parteitages allgemeiner behandelt wurde. Wir wollen nicht nur etwas „für“ die Menschen machen, sondern mit ihnen die Interessen der Arbeiter:innenklasse innerhalb und außerhalb der politischen Gremien vertreten.

In Zeiten politischer Orientierungslosigkeit wird es für die KPÖ zukünftig noch wichtiger sein, den Menschen eben jene Orientierung in stärkerem Maße zu geben, fortschrittliche Auswege aus den aktuellen neoliberalen und autoritären Ausformungen des Kapitalismus aufzuzeigen. Dabei gilt es, Terrain bei den Lohnabhängigen zurückzugewinnen und unseren

Charakter und unser Selbstverständnis als Arbeiter:innen-Partei zu stärken. Wir müssen auch den Austausch mit jenen suchen, die unseren Antworten skeptisch gegenüberstehen oder sich von rechter, neoliberaler und anderer bürgerlicher Propaganda einfangen haben lassen. Der deutsche Marxist Michael Brie schrieb zu dieser Frage in einem Artikel: „Wer Politik nur mit jenen machen will, die keine Vorurteile, Ängste und Illusionen haben, der versteht nichts von wirklicher Politik. Lenin wusste: „Massenkampf“ ist nur möglich, wenn Gruppen, die voller Vorurteile sind, mit diesen daran teilnehmen. Die „Vorurteile“ selbst sind Produkt der Klassen- und Konkurrenzgesellschaft, in der wir leben. Und es ist auch ein Vorurteil zu glauben, irgendjemand sei frei davon.“

Der reaktionären Hegemonie der Individualisierung, der Vereinzelung und der Ausbeutung müssen solidarische Alternativen entgegengesetzt werden sowie das objektive Interesse der Klasse nach einer Verschiebung der Machtverhältnisse vom Faktor Kapital zum Faktor Arbeit. Die Antworten auf die Verwerfungen des Kapitalismus müssen kurz- und mittelfristig in sozialen Reformen und langfristig in einer Überwindung des kapitalistischen Systems erkennbar werden. Ob es uns als Partei gelingt, nicht nur im Konkreten, sondern ebenso in der Frage des Umgangs mit den vielfachen Krisenerscheinungen Hoffnung zu geben, wird eine entscheidende Frage in aufkommenden politischen Auseinandersetzungen sein.

3.2

GEGENÖFFENTLICHKEIT SCHAFFEN

Maßgeblich dafür wird es sein, unsere Botschaften auf vielfältigen Wegen unter die Menschen zu bringen, Diskussionen anzuregen und Widerstand zu initiieren. Dabei können wir uns nicht auf staatliche und/oder private Medien verlassen. Die Berichterstattung in diesen Medien ist weder frei vom Einfluss der Besitzverhältnisse in den großen Medienhäusern, noch vom Einfluss der etablierten Parteien oder dem jeweiligen politisch-ideologischen Hintergrund der Journalist:innen. Hinzu kommt, dass Österreich im Vergleich zu anderen Ländern keine sehr heterogene Medienlandschaft aufweist. In kaum einem Land ist das Eigentum an Medien so konzentriert, wie in Österreich. Man könnte gar von einer Monopolisierung in der Medienlandschaft sprechen.

Nicht nur die Erfahrungen des letzten Landtagswahlkampfes zeigen, dass Haltungen der KPÖ, aber auch Themen, die das tägliche Leben der breiten Mehrheit der Bevölkerung betreffen, kein Recht auf Berichterstattung haben, wenn dies den Blattlinien, Haltungen in Chefredaktionen oder von potenten Anzeigenkund:innen (aus dem politischen Spektrum) bzw. hegemonialen Meinungen unter Journalist:innen widerstrebt. Hinzu kommt der sukzessive Aufbau eigener Medien durch rechte und rechtsextreme Parteien, die dadurch deutlichen Einfluss auf den politischen Diskurs nehmen können.

Dementsprechend spielen unsere eigenen Medien für uns eine große Rolle, wenn es um die Darstellung der Arbeit und der politischen Positionen der KPÖ Steiermark geht. Dazu zählen unsere periodischen Ortszeitungen in Graz, Leoben, Knittelfeld, Trofaiach, Mürzzuschlag, Bruck, Kapfenberg, Eisenerz, Trieben etc. sowie die Steirische Volksstimme. Neben dem Postversand muss es ein Ziel sein, die Volksstimme durch Steckaktionen in großer Zahl zu verteilen.

Gegenöffentlichkeit schaffen wir ebenso durch von uns organisierte inhaltliche Veranstaltungen, zum Beispiel durch den Bildungsverein der KPÖ Steiermark. Unsere regelmäßigen Infostände in vielen steirischen Städten und Gemeinden dienen ebenfalls dem Kontakt mit der Bevölkerung und der Verbreitung unserer Inhalte. Hinzu kommen politische (landesweite) Kampagnen der Partei, wie zuletzt etwa die Kampagnen „Wohnen darf nicht arm machen“ oder „Geht's der Pflege gut, geht's uns allen gut“. Kampagnen können der Popularisierung einer politischen Position der Partei dienen, oder aber über eine Unterschriftensammlung/Petition auch die Einbindung der Bevölkerung in politisches Agieren beinhalten. Die Planung und Durchführung von Kampagnen wird in den nächsten Jahren ein wichtiges Element in der Arbeit der KPÖ Steiermark sein.

Mittels Kampagnen, Verteilaktionen, Infoständen und Veranstaltung wollen wir insbesondere Kontakte zu Menschen knüpfen, interessierte Menschen enger in Verbindung mit der Arbeit der KPÖ bringen und einladen, bei der KPÖ mitzuwirken. Ein besonderes Augenmerk wollen wir daher auf die Sammlung von Kontaktdaten legen, damit wir Menschen über unsere Kanäle erreichen und ihnen Angebote zur Mitarbeit oder für Veranstaltungen senden können. Dazu braucht es eine Aktualisierung und ständige Erweiterung unserer

Datenbanken, die vom neuen Landessekretariat und den Bezirksorganisationen umgesetzt werden sollen.

Bei öffentlichen Protesten verbreiten wir unsere Positionen und werden als kämpferische Partei öffentlich sichtbar. Dazu zählen u.a. unsere Demonstration am 1. Mai, die Teilnahme an großen Demonstrationen, etwa am 8. März, oder Proteste gegen die Verschlechterungen im Gesundheitsbereich, zuletzt in Bruck oder in Rottenmann.

Immer mehr Menschen konsumieren Nachrichten und politische Informationen über die Sozialen Medien. Die KPÖ hat in den vergangenen Jahren versucht, ihre Social-Media-Auftritte auszubauen und zu professionalisieren. Dieses Bestreben wird weiter intensiviert werden müssen. Die Sozialen Medien bieten der KPÖ die Möglichkeit, Inhalte ungefiltert einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Sie schaffen eine niederschwellige Interaktion mit den Menschen und verringern die Abhängigkeit von etablierten Medien. Über sie gelingt es uns, unsere Haltungen einer größeren Zahl von Menschen in höherer Regelmäßigkeit darzulegen, als dies über (Zeitungs-)artikel, Annoncen, Radio- oder Fernsehberichterstattung etc. möglich wäre. Dies tun wir unter Bedachtnahme auf mögliche negative Auswirkungen Sozialer Medien auf das Kommunikationsverhalten in einer Gesellschaft und den nötigen verantwortungsvollen Umgang mit diesen sowie auf die Besitzverhältnisse und die sich daraus ergebende Kontrolle von IT-Großkonzernen und Kapitalist:innen über Informationen.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch genau überlegen, wie wir unsere Kommunikation gestalten. Was und wie kommunizieren wir? Welche Bilder nutzen wir, welche Erzählung wollen wir transportieren und mit unserer Partei verknüpfen? Was kommt bei den Menschen an? Es wird unsere Aufgabe sein, für Außenstehende und Menschen, die wir erreichen wollen, noch genauer herauszuarbeiten, wofür die KPÖ steht – in konkreten Fragen, aber auch in den großen Fragen der Entwicklung unserer Gesellschaft. Die Außendarstellung der Partei hat einen Einfluss darauf, welche Menschen bei uns mitmachen wollen und wie sie zu uns kommen. Darüber hinaus braucht es Personen bzw. „Gesichter“, die die Menschen mit der KPÖ verknüpfen. Wir müssen uns also im Rahmen unserer Kommunikation überlegen, welche Vertreter:innen der Partei wann zu welchen Themen die KPÖ nach außen repräsentieren.

Eine zentrale Rolle beim Durchbrechen der bürgerlichen Hegemonie spielen unsere Genossinnen und Genossen sowie der Partei nahestehende Menschen, Aktivist:innen und Sympathisant:innen. Sie sind es, die in Gesprächen an den Arbeitsplätzen, in den Nachbarschaften, in Schulen und Universitäten, in Vereinen und Freundeskreisen Multiplikator:innen für die Positionen der KPÖ sind und diese leben, vertreten, verteidigen. Mit ihren Erfahrungen tragen sie Resonanzen aus der Bevölkerung wieder in die Partei. Zu nennen sind hier auch die befreundeten Organisationen mit denen die KPÖ auf verschiedene Weise zusammenarbeitet und die jeweils in ihrem Bereich wirken: KJÖ, KSV, GLB, ZVPÖ, Junge Linke, BDF, Red:out und Kinderland. In den Arbeitskreisen der KPÖ, wie dem AK Gesundheit und Pflege, dem AK Bildung oder dem AK Arbeit und Wirtschaft sowie bei regelmäßigen Austauschtreffen (etwa im Bereich Elementarpädagogik oder Inklusion) entwickeln wir gemeinsam mit Aktivist:innen Positionen und eröffnen Handlungsspielräume in den jeweiligen Feldern.

3.3

DER MARXISMUS ALS KOMPASS UNSERER ARBEIT

Die Schritte, die wir zur Durchbrechung der kapitalistischen Hegemonie und zur Schaffung einer Gegenmacht setzen, basieren auf dem Marxismus und dem wissenschaftlichen Sozialismus als unserem inhaltlichen Kompass. Dazu zählen die theoretischen Arbeiten von Marx, Engels und Lenin sowie darauf aufbauende Erkenntnisse. Die KPÖ Steiermark analysiert die Welt in der wir leben, zeigt Alternativen auf und skizziert den Weg in eine Gesellschaft, in der der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit – eine Gesellschaft, die wir Sozialismus nennen. In der Präambel des Programms der KPÖ Steiermark steht: „Nur der Sozialismus durchbricht den Kreislauf von Ausbeutung, Krise und Krieg. Als einzige österreichische Partei hat die KPÖ das Ziel auf ihre Fahnen geschrieben, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx). Die KPÖ setzt sich konsequent dafür ein, dass alle Menschen ihr Leben ohne Ausbeutung, ohne Hunger und Krieg, im Wohlstand lebend gestalten können.“

Angesichts der Erfolge der KPÖ auf verschiedenen Ebenen in den vergangenen Jahren, aber auch angesichts der negativen Auswirkungen des neoliberalen Kapitalismus auf die Gesellschaft, die (temporäre) Risse in der Erzählung der Herrschenden verursachen können, sah und sieht sich die KPÖ mit teils heftigen Attacken der Bourgeoisie und mit dem Versuch konfrontiert, unsere politische Grundhaltung zu dämonisieren. Davon dürfen wir uns jedoch nicht einschüchtern lassen. Weder sollte dies zu einer Distanzierung vom Marxismus oder unserem Ziel der Überwindung des Kapitalismus führen, noch müssen wir eine äquidistante Haltung einnehmen, wenn es um unsere Parteilichkeit im Sinne der Arbeiter:innenklasse geht, oder um unsere Solidarität mit fortschrittlichen Organisationen und Entwicklungen in anderen Ländern. Marx und Engels schrieben 1848 im Manifest der Kommunistischen Partei: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen.“ Prüfstein für unsere Handlungen und Positionen ist die breite Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land und weltweit, die in Ausbeutung lebt und den Zwängen des kapitalistischen Systems ausgeliefert ist, nicht Chefetagen, Redaktionen oder bürgerliche Parteien.

Auch dürfen wir uns den Wahrheitsbegriff nicht von unseren politischen Gegnern wegnehmen lassen. Wahre Aussagen dürfen nicht tabuisiert werden, weil sie etwa von rechten Demagog:innen benutzt und entfremdet werden. Es muss der Kontext aufgedeckt werden, in dem richtige Aussagen instrumentalisiert und verzerrt werden, um kapitalistische Widersprüche zu übertünchen und Menschen in die Irre zu führen. Demagogie muss immer einen Funken Wahrheit und Realitätsbezug enthalten, um sich in den Köpfen der Menschen festsetzen zu können. Wir müssen die wahren Strategien dieser Demagogie oder irreführender Welterklärungsansätze aufzeigen. Diese Aufgabe stellt sich uns etwa in den Fragen von Frieden und Neutralität.





SCHLUSS MIT DEM MORDEN. FREIHEIT FÜR PALÄSTINA!

Für einen gerechten Frieden und die Anerkennung des Staates Palästina

Erneut hat die israelische Regierung den Waffenstillstand in Gaza gebrochen und seine militärische Operation intensiviert und eskaliert. Das erklärte Ziel ist es, den Gaza-Streifen von der palästinensischen Bevölkerung zu „säubern“. Zu diesem Zweck blockiert Israel dringend notwendige Hilfslieferungen und lässt weder Nahrungsmittel, Medikamente noch Treibstoff nach Gaza. Damit wird der Tod von hunderttausenden Palästinenser:innen bewusst und billigend in Kauf genommen. In Gaza ist ein Völkermord im Gange. Der Terrorangriff der Hamas soll als Rechtfertigung dazu dienen. Der islamistische Terrorismus, den wir aufs Schärfste verurteilen, und insbesondere die Anschläge des 7. Oktober dürfen aber nicht dazu genutzt werden, uns blind für die Tatsache zu machen, dass die Stärke der Hamas die direkte Folge der jahrzehntelangen Vertreibungs- und Besatzungspolitik der israelischen Regierungen ist.

Auch im Westjordanland hat sich die Repression gegen die Palästinenser:innen verschärft. Aufgrund der Eskalation in

Gaza bleibt die Lage dort aber zumeist unter dem Radar der Weltöffentlichkeit. Die israelische Regierung hat kürzlich den größten Ausbau an illegalen Siedlungen im Westjordanland seit Jahrzehnten angekündigt.

Die israelischen Streitkräfte führen ihren Krieg in Gaza nicht nur unter völliger Missachtung der völkerrechtlichen Normen zum Schutz der Zivilbevölkerung, sie zerstören gezielt und systematisch die Lebensgrundlage der Menschen in Gaza. Die Äußerungen von Militärs und Politiker:innen lassen keinen Zweifel an der Absicht der rechtsextremen Regierung des Staates Israel. So äußerte sich Yoav Gallant, Verteidigungsminister Israels, bereits im Oktober 2023 folgendermaßen: „Es wird keinen Strom geben, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff, alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen Tiermenschen und handeln entsprechend.“ Ein Sprecher der israelischen Armee, Daniel Hagari, sagte: „Wir werfen hunderte Tonnen von Bomben auf Gaza. Der Fokus liegt auf Zerstörung, nicht auf Genauigkeit.“

DIE INTERNATIONALE POLITIK UND ÖSTERREICH

In ganz Europa haben sozialdemokratische, grüne und auch katholische Parteien sowie ganze Regierungen, wie in Spanien und Irland, dies erkannt und stellen sich zunehmend gegen den Völkermord. In Österreich passiert dagegen nichts. Im Gegenteil: Die österreichische Regierung schaut weg. Stimmen, die sich hinter die Palästinenser:innen stellen, wie Alt-Bundespräsident Heinz Fischer oder der Songcontest-Gewinner JJ, werden angefeindet. Solidaritätsaktionen mit der Bevölkerung von Palästina, wie das Protestcamp an der Uni Wien, werden von der Polizei unter Mithilfe der Universität aufgelöst.

Während zahlreiche Regierungschefs in Europa aufgrund des öffentlichen Drucks schon gezwungen waren, Kritik am israelischen Vorgehen zu üben, liefern viele ungehindert weiter Waffen an Israel. Damit ermöglichen und unterstützen sie genau jenes Vorgehen, das sie heuchlerisch „verurteilen“. Die EU zählt weiterhin zu den wichtigsten Partnern Israels. 50 % der israelischen Waffen kommen aus Europa. Die USA, für die Israel der wichtigste Verbündete in der Region ist, sind mit Donald Trump an der Spitze ein besonderer Brandbeschleuniger und liefern Rückendeckung für die Annektionspläne der israelischen Rechten. Österreich zählt bis heute zu den international wenigen Ländern, die die Verfolgung der israelischen Kriegsverbrechen ablehnen. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen als Vertragsstaat des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) nachzukommen.

DIE ROLLE DER MEDIEN

Auch die Medien in Österreich tragen ihren Teil zur Rechtfertigung der israelischen Politik bei. Trotz zahlloser dokumentierter israelischer Kriegsverbrechen wurde und wird Solidarisierung mit dem palästinensischen Volk als Teilnahme für den Islamismus und pauschal als Antisemitismus diffamiert.

Das Schweigen und die diplomatische Rückendeckung, die Israel von europäischen Regierungen, ganz besonders der österreichischen erhält, haben den Genozid in Gaza befördert. Die Entmenslichung der Opfer in Gaza und im Westjordanland durch die Medien soll eine Solidarisierung durch die breite

Bevölkerung verhindern. Mittlerweile wird es für die Medien aber immer schwieriger, die massiven Kriegsverbrechen und Völkerrechtsbrüche Israels zu verschweigen, kleinzuschreiben und zu rechtfertigen.

WIR FORDERN FRIEDEN UND SELBSTBESTIMMUNG

Österreich als neutraler Staat hat für das Völkerrecht, gegen die Kriegsverbrechen der israelischen Regierung und für die Bestrafung der Verantwortlichen durch den IStGH aktiv zu werden. Die österreichische Außenpolitik hat sich bereits unter Bruno Kreisky aktiv für einen Frieden in Nahen Osten eingesetzt und wesentlich dazu beigetragen, dass Jassir Arafat und die PLO international als Stimme der Palästinenser:innen anerkannt wurden. Daran gilt es anzuknüpfen. Die KPÖ Steiermark fordert daher die österreichische Bundesregierung auf, sich aktiv für folgende Punkte einzusetzen:

- den Stopp des Völkermords im Gazastreifen und die Beendigung der Besatzung Palästinas durch Israel.
- die Anerkennung des Staates Palästina, der als souveräner und demokratischer Staat in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt hergestellt werden muss.
- Innerhalb Israels müssen die vollen Bürger:innenrechte für die Minderheiten garantiert werden. Araber:innen dürfen keine Staatsbürger:innen zweiter Klasse mehr sein.
- die sofortige Wiederaufnahme von Hilfslieferungen in den Gaza-Streifen und die internationale Überwachung der Verteilung.
- die Beendigung und den Abbau der illegalen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten.
- die Freilassung der tausenden palästinensischen Gefangenen, die ohne Anklage oder Gerichtsverfahren völkerrechtswidrig in israelischen Gefängnissen festgehalten werden.
- ein Rückkehrrecht der vertriebenen palästinensischen Flüchtlinge gemäß der UN-Resolution 194.
- ein internationales Wiederaufbauprogramm, das die Lebensfähigkeit eines künftigen palästinensischen Staates garantiert.
- die Verfolgung der israelischen Kriegsverbrechen durch den IStGH.
- die Freilassung aller politischen Gefangenen und Geiseln.



WIR SIND NICHT EURE RESERVEARMEE

Nein zur Wehrpflicht von Frauen!

In unserer Bundesverfassung ist die Gleichstellung der Geschlechter festgeschrieben und dennoch erfahren Frauen nach wie vor Diskriminierung. Die Benachteiligung hat System und das muss geändert werden! Anstatt sich jedoch um gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, die gerechte Aufteilung der Care- (Sorge-) Arbeit und für eine bessere Bezahlung in Berufen, wo überwiegend Frauen beschäftigt sind zu kümmern, debattiert Österreich über eine „Wehrpflicht für Frauen“ unter dem Deckmantel der „Gleichberechtigung“.

WO BLEIBT DER GLEICHE LOHN FÜR GLEICHWERTIGE ARBEIT?

Derzeit liegt der Gender-Pay-Gap in Österreich bei 16,6 Prozent. Frauen arbeiten also statistisch gesehen 61 Tage pro Jahr gratis.

WER MACHT DEN GROSSTEIL DER UNBEZAHLTEN ARBEIT?

Hausarbeiten, die Betreuung von Kindern, die Pflege von Angehörigen und ehrenamtliche Arbeit machen überwiegend Frauen. Mehr als die Hälfte der gesamten Arbeitszeit von Frauen ist unbezahlt, bei Männern ist es ein Drittel. D.h. Frauen arbeiten täglich 4,19 Stunden täglich unbezahlt, Männer 2,29 Stunden.

KEIN RAUM FÜR GEWALT. NUR PLATZ FÜR RESPEKT.

In Österreich ist jede dritte Frau von körperlicher und/oder sexueller Gewalt innerhalb oder außerhalb von intimen Beziehungen (erlebt ab dem Alter von 15 Jahren) betroffen – laut Statistik sind es nahezu 35% der weiblichen Bevölkerung.

IST DAS LEBEN FÜR FRAUEN NOCH LEISTBAR?

Die hohe Inflation ist allgegenwärtig, die Auswirkungen schmerzlich spürbar. Weil Frauen in den unteren Einkommensgruppen überrepräsentiert sind und gerade diese Gruppen einen besonders hohen Anteil für Wohnen, Lebensmittel und Energie ausgeben müssen, sind Frauen von der Teuerung stärker betroffen als Männer.

GELD FÜR EIN BESSERES LEBEN, NICHT FÜR KRIEGE!

Im Jahr 2023 wurden weltweit 2.400 Milliarden Dollar für Rüstung und Militär verschwendet. Im März 2025 beschloss die EU 800 Milliarden Euro für die Aufrüstung freizumachen. Auch die österreichische Regierung macht mit und hat mehr als eine

Verdoppelung der Militärausgaben von 4 auf 10 Milliarden/Jahr in ihrem Programm festgeschrieben, während sie gleichzeitig davon spricht, dass in jedem Bereich künftig „gespart“ werden muss und es dabei keine Tabus geben darf. Dem halten wir entgegen: Jeder Euro, der nun zusätzlich in Panzer oder Kampfjets gesteckt wird, wird uns allen fehlen, wenn es um Gesundheit, Pflege, leistbares Wohnen oder Bildung geht!

MIT DER KRIEGSLOGIK BRECHEN: EINSTEHEN FÜR FRIEDEN UND NEUTRALITÄT!

Eines kann nicht oft genug betont werden: Kriege nützen immer nur den Reichen und Herrschenden. Österreich hat eine lange Tradition der aktiven Neutralitätspolitik, der internationalen Vermittlung und Diplomatie. Als neutrales Land müssen wir uns endlich wieder darauf besinnen, als vermittelnde Instanz aufzutreten, anstatt die angeblich alternativlose Kriegslogik von Kriegsverherrlicher:innen aus den USA, der NATO und auch der EU nachzubeten.

Gleichberechtigung bedeutet u. a.:

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Arbeitszeitverkürzung für alle, bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Verhinderung der Altersarmut durch höhere Löhne = höhere Pensionen
- Rücknahme der Erhöhung des Pensionsantrittsalters
- Kindererziehungszeiten adäquat, also in realistischem Ausmaß als Pensionswert anrechnen
- Legal, kostenfreier & flächendeckender Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen
- Arbeitslosengeld und Sozialtransferleistungen erhöhen
- Flächendeckende, qualitativ hochwertige Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen
- Ausbau von Gewaltschutzeinrichtungen

Viele dieser Forderungen stehen seit Jahrzehnten unerfüllt auf der Agenda und deswegen, brauchen Frauen keine zusätzlichen Pflichten – auch keine Wehrpflicht. Die sterischen Kommunistinnen sprechen sich deutlich dagegen aus und fordern echte Gleichstellung statt „gleicher Pflichten“. Frauen sind keine Reservearmee, die zum Einsatz kommen soll, weil es zu wenig Präsenzdiener gibt. Unsere Rechte zuerst – Nein zur Wehrpflicht für Frauen!





HERZLICH WILLKOMMEN IN DER KPO!



KOMMUNALE EBENE STÄRKEN. GEGENMACHT AUFBAUEN!

Resolution zur kommunalpolitischen Strategie der KPÖ Steiermark

In unserem Landesprogramm heißt es: „Eine Hauptschiene, auf welcher der Widerstand und progressive Reformen transportiert werden kann, sind die Gemeinden. Das politische Engagement der Menschen ist dort am wichtigsten, wo sie leben und selbst Teil der gesellschaftlichen Verhältnisse sind.“

Doch die Gemeinden stehen unter massivem Druck. Finanziell schon immer an der kurzen Kette, wird die Verwaltung der Austeritätspolitik zunehmend auf die Kommunen abgewälzt. Den Städten und Gemeinden fehlen heute oft schon die Mittel ihre hoheitlichen Aufgaben zu erfüllen bzw. notwendige Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen. Von unserem Anspruch an handlungsfähige, demokratische und solidarische Gemeinden sind wir meilenweit entfernt.

Die Gemeinden werden in eine neoliberale Kürzungslogik gezwungen: Anstatt öffentliche Aufgaben zu stärken, stehen Gebührenerhöhungen, Leistungskürzungen, soziale Belastungen und die Privatisierung kommunalen Eigentums auf der Tagesordnung vieler Gemeinderäte. Diese Politik ist Ausdruck bewusster politischer Entscheidungen. Das ist kein Zufall, sondern ein politisches Projekt, das öffentliche Daseinsvorsorge schwächen und wirtschaftliche Verwertungslogik durchsetzen will. Die Gemeinden sollen zu einer entpolitisierten Verwaltungsebene verkommen, der Wille von Menschen, sich politisch einzubringen wird damit entscheidend geschwächt.

Diese Ausgangslage erschwert unsere Arbeit in den Gemeinden. Sie macht die kommunale Ebene als Anknüpfungspunkt kommunistischer Politik aber umso wichtiger. Die Gemeinden

sind für uns ein zentrales Feld der politischen Auseinandersetzung, weil die gesellschaftlichen Widersprüche dort, neben der betrieblichen Ebene, am greifbarsten sind. In Graz nutzt die KPÖ geführte Regierung die Spielräume für eine Politik im Sinne der Bevölkerung, doch die Grenzen des neoliberalen Korsetts sind auch dort eng.

Wenn wir die Gemeinde als Ebene begreifen, auf der wir Gegenmacht aufbauen wollen, müssen wir für die Erweiterung des Handlungsspielraums der Gemeinden kämpfen. Dazu gehört vor allem eine stabile finanzielle Grundlage. Wir fordern daher:

- einen neuen Finanzausgleich der die Ungleichbehandlung, unter anderem der steirischen Gemeinden, beendet.
- eine echte Leerstands- und Versiegelungsabgabe.
- Besteuerung von Umwidmungsgewinnen.
- Weg von Bedarfszuweisungen, hin zu verbindlichen, nachvollziehbaren und gerechten Förderrichtlinien.

Die Mehrheit der öffentlichen Investitionen wird weiterhin auf Gemeindeebene getätigt. Die Gemeinden sind damit ein wichtiger Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. In den nächsten Jahren sollen die Militärausgaben um über 30 Milliarden Euro steigen, sie wären bei den Gemeinden deutlich besser angelegt.

KOMMUNALPOLITIK UND PARTEIAUFBAU

Eine wesentliche Grundlage der erfolgreichen Aufbauarbeit der steirischen KPÖ ist ihre Orientierung auf die Kommunalpolitik. In Graz aber auch in vielen anderen Orten der Steiermark wissen die Menschen, dass sie sich auf die kommunistischen Gemeinderät:innen verlassen können, wir haben uns vertrauen erarbeitet und auch trotz Verlusten bei den letzten Gemeinderatswahlen eine gefestigte Basis.

Diese Basis wollen wir in Zukunft ausbauen und die Partei strukturell stärken. Wir wollen den Zusammenhang zwischen unserer Arbeit in den Gemeinden mit den großen Zielen der Arbeiter:innenbewegung für mehr Menschen begreifbar machen. Durch unseren konsequenten Einsatz für die Interessen der Bevölkerung vor Ort, können wir zudem Menschen an uns binden. Die kommunale Arbeit ist also ein

wesentlicher Ausgangspunkt für breite Parteiarbeit vor Ort und auch wesentlich im ideologischen Kampf um die Köpfe.

Wir wollen diesen Weg fortsetzen und vertiefen. Unser Ziel ist es, den Zusammenhang zwischen alltäglicher Arbeit in den Gemeinden und unseren grundsätzlichen Zielen für eine sozialistische Gesellschaft sichtbar zu machen. Dazu braucht es:

- eine bessere Vernetzung, Schulung und Unterstützung unserer kommunalen Mandatar:innen.
- die aktive Einbindung von Genoss:innen ohne Mandat in die kommunalpolitische Arbeit.
- den gezielten Aufbau lokaler Strukturen in Gemeinden, in denen wir zwar Mitglieder, aber keine Mandate haben.

Die Gemeinden sind kein nachgeordneter Schauplatz politischer Auseinandersetzung – sie sind zentrale Orte gesellschaftlicher Kämpfe und des Widerstands gegen neoliberale Kürzungspolitik. Der Aufbau von Gegenmacht beginnt vor Ort – in den Stadtteilen, Dörfern und Gemeindestuben.

Deshalb stellen wir uns entschieden gegen die Kürzungslogik, die Gemeinden ihrer politischen Gestaltungskraft beraubt, und kämpfen für Rahmenbedingungen, unter denen fortschrittliche Kommunalpolitik wirken kann. Der Parteaufbau auf kommunaler Ebene ist dabei kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung dafür, dass wir als kommunistische Partei in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen handlungsfähig bleiben.





*Du möchtest dich auch einbringen
und bei der KPÖ mitmachen?*

Kontaktiere uns!

 mitmachen@kpoe-steiermark.at

 [0316/71 24 79](tel:0316/712479)

 www.kpoe-steiermark.at

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller: KPÖ Steiermark

Anschrift: Lagergasse 98a, 8020 Graz

Verlags- und Herstellungsort: Graz

KPÖ